



# EU-Wissen-Aktuell

Europa-Büro des Landes Oberösterreich • Altstadt 30 • 4021 Linz • Tel. 0732/7720-14020  
E-Mail: europabuero@ooe.gv.at • www.europabuero.at



Mit „EU-Wissen-Aktuell“ bieten wir kurz gefasste, leicht verständliche und sachliche Informationen zu einzelnen aktuellen EU-Themen an. Wir hoffen, dass diese Ausgabe Ihre Fragen zum Thema beantwortet. Für weitergehende Informationen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Europa-Büros des Landes Oberösterreich gerne zur Verfügung.

Landeshauptmann  
Dr. Josef Pühringer

Wirtschafts- und  
Europa-Landesrat  
Viktor Sigl

---

Nr. 29, April 2011

## EU-Gipfel 24. und 25. März 2011 in Brüssel

### EU-Schirm zum Schutz des Euro

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU haben sich auf ihrem Frühjahrsgipfel am 24. und 25. März 2011 in Brüssel auf den neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geeinigt. Der permanente Krisenfonds für hoch verschuldete Euro-Länder steht ab Juni 2013 mit einem Kapitalvolumen von 700 Milliarden bereit und wird den derzeitigen "Rettungsschirm" ablösen. Die 17 Euro-Länder müssen für den ESM neben Garantien auch 80 Milliarden Euro als Bareinlage leisten. Auf Drängen Deutschlands kam man überein, die Einzahlungsfrist für das 80 Milliarden-Stammkapital ab Juli 2013 über fünf Jahre zu je gleichen Tranchen zu erstrecken.

Für Österreich bedeute die Einigung auf den ESM, dass jährlich 450 Millionen Euro an Kapitaleinlagen fällig werden, die Gesamtsumme über fünf Jahre werde knapp über 2,2 Milliarden Euro ausmachen, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann kurz nach der Einigung des Rates. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sprach von einem wichtigen "Durchbruch" beim EU-Gipfel. Der neue Euro-Rettungsschirm werde eine effektive Darlehenskapazität von 500 Milliarden Euro haben und die Bestnote Triple-A von den Ratingagenturen erhalten, sagte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy.

## **Aktueller Rettungsfonds wird erhöht**

Angesichts der angespannten Lage in hoch verschuldeten Ländern wie Griechenland, Irland und Portugal haben sich die Staats- und Regierungschefs auch auf eine Aufstockung des aktuellen Rettungsschirms geeinigt. Das Volumen des noch bis 2013 geltenden Fonds EFSF (European Financial Stability Facility) soll ab Juni voll genutzt werden können. Wegen der hohen Sicherheitsleistungen standen bisher statt der angestrebten 440 Milliarden Euro nur rund 250 Milliarden zur Verfügung. Nun wird der Betrag tatsächlich auf 440 Milliarden Euro aufgestockt. Die genauen Modalitäten für die Anhebung des Kreditvolumens sind allerdings noch offen. Dies soll bis Ende Juni geklärt werden. Ungelöst blieb jedoch der Streit mit Irland über die Konditionen seines Hilfsprogramms. Irland, das erste Euro-Land, das den Rettungsfonds EFSF in Anspruch nehmen musste, drängt auf niedrige Zinsen und mehr Unterstützung bei der Sanierung der angeschlagenen irischen Banken.

## **Pakt für den Euro**

Auf dem EU-Gipfel wurde auch einer Verschärfung des geltenden Euro-Stabilitätspaktes zugestimmt. Defizitsündern drohen nun nicht nur Geldstrafen, wenn die jährliche Neuverschuldung drei Prozent der Wirtschaftsleistung übersteigt, sondern auch wenn die Gesamtverschuldung über 60 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt. Mit dem "Pakt für den Euro" wollen sich die Euro-Länder zudem in der Sozial-, Steuer- und Haushaltspolitik eng abstimmen. Dies soll jedoch auf freiwilliger Basis durch Selbstbindung und ohne Sanktionen oder automatische Konsequenzen geschehen. Bereiche wie Lohnpolitik, Schuldenbegrenzung oder Pensionsantrittsalter bleiben somit weiterhin rein nationale Angelegenheit.

Auch ein Teil der Nicht-Eurostaaten will sich der engeren wirtschaftspolitischen Abstimmung anschließen. Dabei handelt es sich laut EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy um Polen, Bulgarien, Dänemark, Rumänien, Litauen und Lettland. Ziel des Paktes ist es, die Beschäftigung und Budgetstabilität in den Mitgliedstaaten zu sichern und damit die Konkurrenzfähigkeit des gesamten Euro-Raumes zu stärken.

Das Gesamtpaket zur Absicherung des Euro gilt als größte Reform seit Einführung der Gemeinschaftswährung im Jahr 1999. Mit mehr Geld, härteren Strafen und einer abgestimmten Wirtschaftspolitik will die EU künftig Schuldenkrisen verhindern. "Das ist ein Wendepunkt im Krisenmanagement. Aber die Probleme sind noch nicht alle vorbei", sagte Ratspräsident Van Rompuy.

Quellen: Zukunft Europa  
Bundeskanzleramt